

3

Die fabelhafte
Welt der **Ema.Li**



**Ein neues
Europa**





Ema.Li

Schriftenreihe
Heft 3: Ein neues Europa
1. Auflage 2017
V.i.S.d.P.: Siegfried Seidel
Layout und Satz: Daniel Josten

Inhalt

Vorwort	4
Katja Kipping: Ein neues Europa entsteht von unten.....	6
Siggi Seidel: Frankreich, die Linke und der Front National	8
Uwe Schwarz: Flucht, Fluchtursachen und die kommenden Herausforderungen	11
Peter Laskowski: Die Parole „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt“ wird der Situation nicht gerecht – und ist niemals Links!.....	13
Anne Helm, Oliver Höfinghoff, Peter Laskowski Wider den Aufbau neuer Mauern! Eine Stellungnahme zum Brexit.....	15
Katja Kipping: Europäische Hoffnung statt German Angst	17

Vorwort

Wir leben in Zeiten eines gesellschaftlichen Rollbacks, das zeigt der jüngste CDU Parteitag in Essen und die Wahlerfolge der AfD. Und auf internationaler Ebene der Wahlsieg von Trump in den USA, ihm vorraus ging die „Revolution“ der Tea Party innerhalb der Republikanischen Partei, in der eine populistische Basisbewegung das konservative Parteienestablishment erfolgreich entmachtete¹. Auch die reaktionäre Politik von Erdogan in der Türkei und der „Brexit“ gehören zu diesem Rollback.

Nationalismus, Rassismus, Antifeminismus und Autoritätsgläubigkeit gibt es allerdings nicht nur bei Konservativen und Rechtspopulisten, sondern leider auch in Teilen der Linkspartei. Da ist die Rede vom einen Auftritt aus der EU, bzw. der Wiedereinführung der Deutschen Mark, von Flüchtlingsobergrenzen, es gibt in weiten Teilen der Linkspartei eine große Sympathie mit dem Autokraten Wladimir Wladimirowitsch Putin und mit dem Diktator Baschar Hafiz al-Assad. Und auch antifemitistische Positionen sind (wieder) zu finden so berichtet Telepolis am 22.12.16: (...)Diesmal zog Wagenknecht am 18. Dezember den großen nationalsozialistischen Trennstrich zwischen der hart arbeitenden deutschen Mehrheit und den unseligen Minderheiten und Ausländern, für die sich Linke viel zu sehr engagiert haben sollen. In einem Sonntagsinterview für die Springerzeitung Die Welt erklärte sie:

Ich glaube, dass die Einordnung in rechts und links nach wie vor ihre Gültigkeit hat. Für mich ist links, die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt zu stellen und sich für weniger Ungleichheit und mehr soziale Sicherheit einzusetzen. Im Konflikt zwischen Beschäftigten und Kapital heißt das, auf der Seite höherer Löhne statt höherer Rendite zu stehen. Leider verbinden heute

viele mit „links“ etwas ganz anderes, etwa die Befürwortung von möglichst viel Zuwanderung oder abgehobene Gender-Diskurse, die mit dem Kampf um echte Gleichstellung wenig zu tun haben. Das bedauere ich sehr. (...)²

DIE LINKE fordert, dass alle Menschen gleich behandelt werden - das ist einer unserer Grundsätze. Dies hat sich DIE LINKE auf die Fahne geschrieben und danach richtet ihre unsere Politik aus. Ein dahinter zurück kann und darf es nicht geben denn: Zuwanderung, Gender-Diskurse und die Verteilungsfrage sind Punkte die in einer linken Partei nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wer dieses tut, ist auf nicht auf den Weg zu einer modernen sozialistischen Partei, sondern auf den Rückweg in die 70'er Jahre des vorigen Jahrhunderts, zwar gab es damals mit dem SPD Bundeskanzler Willi Brandt ein „Mehr Demokratie“ wagen, aber schon mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) wurden dann die Sozialstandards der Bundesrepublik aufgegeben.

Dazu noch einmal Telepolis: (...)Auf der Strecke wird jedweder Begriff dessen bleiben, was seit der Französischen Revolution als politisch Links bezeichnet wurde: fortschrittliche Politik, die auf die emanzipatorische Überwindung des Bestehenden abzielt. Stattdessen wird der Blick auf die Vergangenheit fixiert: Der nationale Sozialstaat der 50er bis 70er gilt nun als keynesianisches Ideal - als ob die Krisen- uhr der vergangenen Dekaden einfach so zurückgedreht werden könnte. (...)³

Die Antwort auf den Neoliberalismus -und konservatismus, kann dies alles nicht sein. Wir brauchen eine Partei, die zwar EU Kritisch ist, aber nicht Europafeindlich, Nationalismus bringt uns da nicht weiter.

Ebenso bringt der Linkspartei ein festhalten an die „guten alten Zeiten“ der 70'er Jahre nicht weiter, wie schon erwähnt trauern viele den Zeiten Willi Brandts hinterher, als mehr Demokratie gewagt wurde, aber ist dass heute immer noch so mit der mehr Demokratie wagen? Demokratie wird heut zutage an vielen Stellen sehr eingeschränkt und auch eine Vollbeschäftigung wie damals wird es nicht wieder geben können. Lohnarbeit kann nicht länger der Schwerpunkt unseres Lebens sein.⁴

DIE LINKE sollte aus der Vergangenheit gelernt haben, denn die Anbiederung der (Stalinistischen) KPD in den 30'er Jahren des letzten Jahrhunderts an Positionen der NSDAP brauchte ihnen nicht die erwünschten Erfolge, sondern den Nazis. Auch heute wird ein anbieten an rechte, rechtspopulistische, nationalistische Positionen der LINKEN schaden, die Wähler*innen werden ihr Kreuz lieber beim Original machen, was die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. So schrieb Sascha Stanicic von der AKL: (...) „Es sollte hinterfragt werden, ob Lokalpatriotismus, wie er die Plakatkampagne im Wahlkampf mit Sprüchen wie „Aus Liebe zu M-V“ oder „Heimat ist dort, wo Familie ist“ dominierte, irgendetwas mit linker Politik zu tun hat oder eher eine Anbiederung an bürgerliche Selbstinszenierung, die bei den Wählerinnen und Wählern im Zweifel dazu führt, dass sie die Original-(Lokal-)Patrioten wählen.“(...)⁵

Auf die Frage wie die Verantwortung der Linken für den Aufstieg des Front National in Frankreich und anderer rechter Bewegungen in Europa zu beschreiben ist, sagte Didier Eribon in einem Interview mit der Konkret (12/16) folgendes: (...) „die europäische Regierungslinke hat sich zur neoliberalen Ideologie bekehrt, und sie hat unter dem Vorwand, ihre Diskurse und Praktiken zu „modernisieren“, alles, was das linke

Denken einst ausmachte, vollständig aufgeben. Besonders den Gedanken, dass soziale Klassen und Klassenwidersprüche bestehen sowie ein das ökonomische und soziale Feld strukturierender Gegensätze zwischen Herrschern und Beherrschten(...) Die ausgebeuteten Gruppen haben sich jedoch als Gruppe neu formiert, indem sie sich bewusst und kollektiv von den wahlen ferngehalten haben, aber auch, indem sie in großen Maße für die Parteien der Rechten und extremen Rechten gestimmt haben. Dies kann man als eine Art des sozialen Aufstands gegen „das System“ begreifen.“ (...)⁶

In der dritte Ausgabe der Schriftenreihe der Emanzipatorischen Linken „Die fabelhafte Welt der Ema.Li - Anders leben, anders kämpfen, anders arbeiten - Selbstermächtigung und Selbstorganisation“ finden sich die Themen Europa (Dien25), Frankreich (der Aufstieg des NF), Flucht und Fluchtursachen und Warum Obergrenzen nicht links sind wieder.

Die Emanzipatorische Linke hofft mit diesen Artikeln die Diskussionsprozesse in der Linkspartei anzuregen. Sie hofft darauf, dass diese Artikel zum nachdenken anregen.

Siggi Seidel im Dezember 2016

¹ Volker Weiß: *Volk, Schicksal und Nation, Jungle World Nr. 51-52/2016*

² <http://heise.de/~3580672>

³ <http://heise.de/~3580672>

⁴ André Gorz: *Wege ins Paradies. Rotbuch Verlag, Berlin, 1984, S. 56*

⁵ Sascha Stanicic: *Wut statt Liebe: Über das Ergebnis der LINKEN bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern, 09.09.16 www.antikapitalistische-linke.de/?p=1530*

⁶ „Ich will nicht in den Proletkult zurückfallen“ Interview mit Didier Eribon in: *Konkret 12/16, S.48*

Ein neues Europa entsteht von unten

Rede von Katja Kipping bei der Gründung von DiEM25 am 9. Februar 2016 in der Berliner Volksbühne

Liebe Freundinnen und Freunde eines solidarischen und demokratischen Europas,

die EU-Eliten geben aktuell einen moralischen Offenbarungseid nach dem anderen ab. Nur die Zahl der Ertrunkenen und Armen scheint auf diesem Kontinent keine Obergrenze zu kennen. Der zynische Umgang der EU mit den Flüchtenden und der fiskalische Staatstreich in Athen offenbaren den moralischen Bankrott des real existierenden Neoliberalismus.

Währenddessen entstehen grenzüberschreitende Netzwerke der Solidarität: an der Balkan Route, in Griechenland und hier in Berlin. Ein neues Europa von unten entsteht. Wenn es dieser Tage eine Hoffnung für Europa gibt, dann ist dies nicht den Eliten zu verdanken, sondern diesem paneuropäischen Netzwerke der Solidarität.

Diese Bewegungen zeigen: Wer meint, der Rückzug in die nationale Wagenburg sei die richtige Reaktion, der irrt. Die Flüchtlingsfrage unterstreicht die Notwendigkeit transnationaler Zusammenarbeit. Nationale Souveränität ist keine Entschuldigung für das Missachten von Menschenrechten. Anhand der Flüchtlingsfrage wird auch deutlich, wie illusionär die Vorstellung ist, die großen Menschheitsfragen seien heute noch national zu bearbeiten. Und in einer Festung, erst Recht einer, die sich im Kriegszustand gegen geflüchtete Menschen befindet, kann sich keine demokratische Gesellschaft entwickeln.

Nationalisierung und die Anrufung einer vermeintlich "guten alten Zeit" sind keine

Modelle mit Zukunft. Weder die autoritäre EU noch die Rückkehr in die Enge des Alten sind erstrebenswert. In dem Streit zwischen einer schlechten Gegenwart und einer traurigen Vergangenheit, gibt es für die Kräfte der Radikaldemokratie nichts zu gewinnen.

Im Gegenteil: Um den großen Menschheitsproblemen begegnen zu können, brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Europa. Aber dieses Europa braucht einen Neustart. Dafür brauchen wir einen Plan C. Ein wichtiger Teil davon ist eine soziale Unionsbürgerschaft – eine soziale Unionsbürgerschaft als materieller Ausdruck der Idee einer wirklichen Demokratie. Als einen ersten Schritt bräuchte es ein bedingungsloses Grundeinkommen, das über den jeweiligen regionalen Armutsriskogrenzen liegt.

Nicht als Almosen, das gnädig gewährt wird, sondern als Grundrecht, für jeden und jede, der oder die in der EU lebt. Ein soziales Sicherheitsnetz, unter das niemand fällt.

Demokratie ist kein Zustand, sie ist ein Prozess - ein Prozess hin zur Selbstregierung. D.h. wir müssen die Demokratie aus den Hinterzimmern der Technokraten zurück zu den Menschen bringen. Diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, müssen diese Entscheidungen auch mitbestimmen dürfen. Das gilt in unserer globalisierten Welt mehr denn je. Denn anhand der Umweltflüchtlinge wird das demokratische Defizit der aktuellen Ordnung deutlich: Die besonders Betroffenen haben hier keinerlei Mitspracherecht.

Sie können nicht über eine Wirtschaftspolitik mitentscheiden, die sie direkt betrifft. Das zeigt: Eine europäische Demokratie, die sich selbst ernst nimmt, muss grenzübergreifend werden. Der Demos kann heute kein allein nationaler mehr sein. Aber unsere Hoffnung ruht nicht auf den Hinterzimmern, sie liegt in der kritischen Öffentlichkeit. Denn in den letzten Jahren haben in Europa schon viele ihre Stimme erhoben: in den Willkommensinitiativen, den Krisenprotesten und Klimakämpfen, auf den Plätzen von Athen bis Madrid, bei Studentendemos und Streiks, in den zahllosen Initiativen grenzübergreifender Solidarität. Sie haben durch ihr bloßen Handeln „nein“ zum „weiter so“ gesagt. Nein zu einem „weiter so“, das schon lange vor der jüngsten Krise eine permanente Krise für alle war.

Der Sommer der Solidarität hat gezeigt, was passieren kann:

- Wenn Ländergrenzen in einer Solidarität verdampfen die uns alle vereint.
- Wenn Menschen aus Parteien, Aktivist*innen aus Bewegungen, Kolleg*innen aus Gewerkschaften, und Initiativen zusammen kommen, um deutlich zu machen: Europa können wir selber anders machen: Solidarisch. Demokratisch. Grenzenlos.

Wir sollten überlegen, wie wir diese Möglichkeit sichtbar machen können. Vielleicht in einem wilden Referendum über die Zukunft Europas – einem wilden Referendum zwischen Austerität und wirklicher Demokratie.

Natürlich: Es gibt keinen Automatismus. Wir können verlieren. Aber das werden wir sicher, wenn wir still halten. Die Entscheidung lautet:

- entweder Aufbruch in eine grenzübergreifende Demokratie oder ein allmähliche Zerfall der Gesellschaft,
- entweder organisierte Barbarei, permanente Krise und ökologischen Zusammenbruch oder ein Neustart für Europa.

Also, worauf warten wir?

Es ist Zeit in Bewegung zu kommen.

Danke!

Frankreich, die Linke und der Front National

Von Siggie Seidel, Mitglied im Bundeskoordinierungskreis der Emanzipatorischen Linken, Dezember 2015

Paris, Louis de Funès, François Mitterrand, Eurokommunismus, Chanson, Wein, Käse, Jazz und Résistance... Zum Frankreichbild gehört seit dem 6. Dezember 2015 zu dieser Aufzählung auch der Front National (FN). Die bekannte Antifaschistin Beate Klarsfeld sagte jüngst in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: „Mich erinnert das an das Jahr 1933 in Deutschland“. Klarsfeld sieht den Erfolg des Front National in der ersten Runde der Regionalwahlen in Frankreich als eine Warnung an die Politik. „Die Menschen sind unzufrieden sowohl mit den Sozialisten als auch mit den Konservativen und lassen sich von Demagogen einfangen“, analysierte sie das Wahlergebnis.

Nun ist der erste Schock überwunden, aber der Erfolg des FN ist nicht verwunderlich, denn die „linke“ Regierung von François Hollande geht nicht gegen den Sozialabbau im Lande vor, sondern hat sich die Agenda 2010 von Gerhard Schröder zu eigen gemacht. Dabei zahlt sich eine „linke“ arbeitnehmerfeindliche Politik für die Sozialdemokratie nie aus. Stattdessen setzt der FN in den letzten Jahren erfolgreich auf soziale Demagogie, er hetzte gegen die neoliberalen Parteien ebenso, wie gegen die EU. Die Partei verabschiedete sich zugunsten eines antiislamischen Kurses sogar offiziell vom Antisemitismus. Diesem neuen Weg fiel dann sogar der Parteigründer Jean Marie Le Pen zum Opfer, der aus dem FN rausgeworfen wurde. Die Anschläge in Paris waren zusätzliches Wasser auf die Mühlen des FN. Die Hetze gegen die Geflüchteten hat sich für ihn ausgezahlt, obwohl es in Frankreich kaum Asylsuchende gibt. Es bleibt zu befürchten,

dass Konservative und Sozialdemokraten versuchen werden, wieder stärker nach rechts zu blinken, um dem FN das Wasser abzugraben, was aber schon bei den Regionalwahlen nicht geklappt hat: Die Menschen wählten dann lieber gleich das Original.

Nach den Anschlägen vom 13. November in Paris versuchte Hollande den „harten Hund“ zu spielen, rief den Ausnahmezustand aus und ließ Stellungen des IS in Syrien bombardieren, doch den Vormarsch des FN konnte er dadurch nicht stoppen. Laut Klarsfeld wählten sogar viele Muslime den Front National, da sie hoffen, dass der FN in der Lage ist, die Anschläge der Islamisten zu beenden. Klarsfelds Zweifel daran, dass man den IS in Syrien mit Luftschlägen ausschalten könne, sind durchaus nachvollziehbar.

In der zweiten Runde der Regionalwahlen konnte der FN keine Mehrheiten erringen und Parteichefin Marine Le Pen unterlag in Nordfrankreich überraschend ihren konservativen Kontrahenten. Dennoch: der FN erzielte einen Stimmenrekord, rund 6,6 Millionen Französischen und Franzosen wählten eine faschistische Partei. Es waren die Wähler*innen der Linksparteien, die in der zweiten Runde zur Wahl gingen und den Wahlsieg der FN verhinderten. Nach der Gebietsreform (aus 22 Verwaltungsregionen wurden 13 Großregionen im Kernland) konnten die regierenden Sozialdemokraten der Parti Socialiste (PS) zwar nur fünf dieser Regionen gewinnen (Zum Vergleich: Vor vier Jahren gewannen sie noch 21 von 22 Verwaltungsregionen), dennoch zählt die PS zu den Gewinnern der Wahl.

Denn noch vor wenigen Wochen hätte man ihr, angesichts des Desasters insbesondere ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik und der damaligen Umfragewerte des Präsidenten François Hollande, nicht einen Bruchteil ihrer regionalen Erfolge zugetraut.

Im Süden, wo die Enkelin des Front-National-Gründers Jean-Marie Le Pen, Marion Marechal-Le Pen, ebenfalls mit Hilfe der Linken-Stimmen ausgebremst wurde, gab diese sich gegenüber ihren Anhänger*innen kämpferisch: „Seid nicht traurig. Es gibt Siege, für die sich die Sieger schämen. Im Namen der Werte der Republik haben sie die Demokratie aufgegeben. Mit Zehn gegen Einen zu gewinnen, ist nichts anderes als eine Niederlage“, erklärte sie.

Ist der Front National die neue Arbeiterpartei?

Für die Vorsitzende der AfD (Alternative für Deutschland), Frauke Petry, ist der Front National ganz klar eine linke, sozialistische Partei. Naheliegend ist das nur, wenn man wie Petry die NSDAP im linken Spektrum angeordnet sieht. Dennoch kann man eins mit Gewissheit sagen: Der FN ist für die Franzosen zu einer wählbaren Alternative geworden. Der FN ist eine Partei, die noch nie in Regierungsverantwortung war, was ihr die Rolle von David gegen Goliath einbringt. Die politische Lage in Europa spielt dem FN in die Hände, sei es die sogenannte „Flüchtlingskrise“, der IS-Terror oder die Eurokrise.

Der FN hetzt gegen die Europäische Union und fordert eine Rückkehr zum Nationalstaat. Eine solche Entwicklung ist nicht nur in Frankreich zu beobachten, sondern auch unser östlicher Nachbarstaat Polen geht gerade diesen Weg: Weg von der EU und hin zu mehr Nationalstaatlichkeit. Seit

den Wahlen zum Sejm, dem Polnischen Parlament, stellt die populistische und nationalkonservative Partei PiS (Prawo i Sprawiedliwość) die Regierungschefin und schon werden Meinungsfreiheit und andere Grundrechte eingeschränkt, das Verfassungsgericht entmachtet. Was noch dazukommt: Keine linke Partei hat es ins Parlament geschafft. In Ungarn hat es eine ähnliche Entwicklung gegeben und die nationalkonservativen, rechtspopulistischen Parteien haben überall in Europa Zulauf, teilweise stellen sie Regierung.

Aber zurück nach Frankreich. Die Regionalwahlen sind ein wichtiger Ausgangspunkt für die Präsidentschaftswahlen 2017. Das Geld für den FN-Wahlkampf kommt aus Russland. Ein Kreml-nahes Geldinstitut unterstützt Le Pen und den FN mit einem 40-Millionen-Euro-Kredit für die kommenden Wahlkämpfe.

Gegen die EU und den Euro, für mehr Nationalstaatlichkeit, für mehr Nähe zu Russland hört man nicht nur auf Montagsdemos der Mahnwachen, sondern auch immer mal wieder in der Linkspartei. Putin-Freunde und 'Putin-Versteher' in DIE LINKE sollten sich vielleicht überlegen, dass der Kreml eben auch Faschisten in Frankreich unterstützt. Gerade diese Putin-Freundinnen und -Freunde sind oft auch gegen die EU und den Euro, damit stoßen sie in das gleiche Horn wie der FN oder hierzulande die AfD. Klar ist die EU neoliberal geprägt, aber dennoch ist der Europagedanke der richtige Weg – letztlich hin zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Auch der Euro ist vom Grundgedanken her richtig. Aber solange die „kleinen Menschen“, also du und ich nichts davon haben, sondern nur die Banken und Konzerne haben rechte Demagogen wie Marine Le Pen großen Zuspruch.

Der Linken im Lande, dazu zähle ich jetzt mal neben den LINKEN auch Teile der Grünen und der Sozialdemokratie, können dem nur entgegen wirken, wenn sie den neoliberalen Sozialabbau stoppen und progressive Politik machen. Ein blinken nach rechts und wird da keinen weiter bringen, nicht in Frankreich, nicht in Deutschland, nirgends.

Flucht, Fluchtursachen und die kommenden Herausforderungen

Von Uwe Schwarz, Mitglied im Bundeskoordinierungskreis der Emanzipatorischen Linken, Januar 2016

Ein paar Gedanken zu Flucht, Fluchtursachen und kommenden Herausforderungen

Ich will mich hier nicht mit Haushaltsplänen, sozialem Wohnungsbau und Mindestlohn aufhalten. Das ist alles wichtig, und natürlich arbeite auch ich in einer Notunterkunft mit.

Aber die wahren Herausforderungen des „Flüchtlingsproblems“ liegen woanders. Wir müssen die schwierigeren Fragen stellen (und versuchen, sie zu beantworten). Fangen wir mit dem Naheliegenden an. Was sofort gebraucht wird:

1. Legale Einreisemöglichkeiten für Geflohene und Vertriebene,
2. Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur für Flüchtlingsaufnahme und Integration,
3. Drastische Aufstockung der Mittel für die Flüchtlingshilfe vor Ort,
4. Eine Außenpolitik, die weder die „falsche Stabilität“ der Despoten von Assad über das Haus Saud bis Erdoğan unterstützt noch überall mit Geheimdiensten und Bomben herumfuscht.

Darüber dürfte unter Linken weitgehend Einigkeit herzustellen sein. Strittige Fragen sind z.B.: 1. Gegen den IS und seine Ableger (Boko Haram usw.) wird eine internationale Koalition mit dem Widerstand vor Ort benötigt. Wie weit kann und darf eine solche Koalition gehen? 2. Kann Assads Regime Teil einer solchen Koalition sein oder ist es als Teil des Problems zu behandeln? 3. Welche Möglichkeiten

haben wir, um die Regierungspolitik in eine friedliche, nicht konfrontative, Ungerechtigkeit überwindende Richtung zu drängen – Friedensdemonstrationen, Online-Petitionen, Regierungsbeteiligungen? Oder ist das alles Quatsch? Sind wir so ohnmächtig, wie wir uns manchmal fühlen, oder haben wir nur den Stein der Weisen noch nicht gefunden? Und dann gibt es ja noch nicht einmal Ansätze von Ideen dafür, wie Somalia befriedet und wie das Leben in Eritrea erträglich gemacht werden kann. („Kein Waffenexport!“ ist kein Konzept, sondern eine Ausrede.) Währenddessen flackern schon die nächsten Konflikte in den wirtschaftlich und ökologisch ausgeaugten Ländern südlich des Mittelmeers auf: Jemen, ZAR, Südsudan, die von Boko Haram terrorisierte Sahel-Zone. In Algerien und Ägypten presst das Militär mit eiserner Gewalt den Deckel auf soziale und religiöse Konflikte – das wird nicht mehr lange so gehen. Im Jemen gibt es wahrscheinlich in 20 Jahren kein trinkbares Grundwasser mehr; im Iran sieht es nicht viel besser aus. Albanien und seine Anrainerstaaten sind nur oberflächlich befriedet; gleiches gilt für Bosnien. Gleichzeitig verschärft sich die Diskriminierung von Roma im größten Teil ihres Siedlungsgebiets. Noch kann niemand sagen, ob der Ukraine-Konflikt endgültig zu einem Kalten Frieden einfriert wird. Aber dass die Not in der Ukraine zunehmen wird, ist sicher.

Fluchtbewegungen und Armutsmigration werden uns also erhalten bleiben; sie werden sogar noch zunehmen. Was wir mit der heutigen „Flüchtlingskrise“ erleben, ist in Wirklichkeit erst der Anfang. Hungernde

und Kriegsoffer machen sich auf nach Norden; sie klopfen bei den Verursachern ihres Elends ans Tor. Da werden also noch ganz andere Aufgaben auf Europa zukommen, wenn es nicht einfach eine Mauer à la Nordkorea errichten will, die es vom ungeliebten Teil der Welt trennt:

1. Übergang von der hergebrachten nachholenden „Entwicklungshilfe von oben“ und der stets zu spät kommenden Katastrophen- und Flüchtlingshilfe zu einer „Hilfe zur Selbsthilfe von unten“ (womit wir bei den ur-linken Themen Emanzipation und Selbstermächtigung wären)

2. Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch zum (kurzfristigen?) Nachteil der reicheren Seite. Das bedeutet zum Beispiel: Rückabwicklung der „Freihandelsabkommen“ der Europäischen Union mit den ehemaligen Kolonien; Schluss mit Exportsubventionen und Landgrabbing; keine Hermes-Kredite für ökologisch nachteilige Projekte. All dies wird nicht ohne Folgen für die Wirtschaft der EU-Staaten bleiben!

3. Ein neues Verständnis dessen, was „Bevölkerung“ ist. Das heißt, sich sowohl auf die sogenannte Überalterung der wohlhabenden Länder als auch auf die neuen Wanderungsbewegungen (die gar nicht mehr so neu sind) einzulassen. Davon ist beispielsweise das Bildungswesen in den meisten europäischen Ländern noch weit entfernt, auch in Deutschland. Wer angesichts dieser wachsenden Aufgaben jetzt schon von Überforderung, Kontingenten oder Kapazitätsgrenzen spricht und Einwandernde gegen Einheimische ausspielt, hat bereits kapituliert, bevor es richtig losgeht.

Die Parole „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt“ wird der Situation nicht gerecht – und ist niemals Links!

Von Peter Laskowski, Mitglied im Bundeskoordinierungskreis der Emanzipatorischen Linken, Januar 2016

„Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.“¹ teilte die Genossin Wagenknecht auf der Pressekonferenz der Bundestagsfraktion der Linken am 11. Januar 2015 der verdutzten Öffentlichkeit mit. Erschreckender als die Tatsache, dass sie im Gleichschritt mit Union² und SPD³ für die Doppelbestrafung durch Abschiebungen eintritt, finde ich, dass sie sich am populistischen Wettbewerb „Härte gegenüber Flüchtlingen“ beteiligt. Jedoch ist Asyl kein Gastrecht. Flüchtlinge sind keine Tourist*Innen, die am Ende Ihres Urlaubs in ein friedliches Heimatland zurückkehren, wie der Satz suggeriert. Mallorca-Urlaub ist etwas anderes als Flucht.

Grundsätzlich gilt: Wenn jemand ein Verbrechen begeht, dann muss er/sie gerichtlich verfolgt und verurteilt werden. Aber ich sehe da, im Gegensatz zu anderen Genoss*Innen, einfach keine menschlich nachvollziehbare Möglichkeit, eine Verbindung zum Aufenthaltsrecht dieser Person herzustellen.

Der oder die Betreffende kann doch hier im Gefängnis oder sonst wo resozialisiert werden und dann wieder ein Mitglied unserer Gesellschaft sein. Wir werfen doch auch keine deutschen Staatsbürger*Innen aus dem Land, wenn sie ein Verbrechen begehen. Wir kürzen ihnen auch nicht die Rente oder greifen zu anderen nicht im Strafrecht vorgesehenen Mitteln.

Die Genoss*Innen, die populistische Forderungen wie „Wer Gastrecht missbraucht,

hat Gastrecht verwirkt.“ nachbeten, mögen doch bitte die Frage beantworten: Was ist mit Flüchtlingen, die aus einem Krieg geflohen sind? Wie wollen wir mit ihnen umgehen? Wohin sollen sie denn abgeschoben werden – ins Herkunftsland? Wenn wir sie aufgrund eines Verbrechens abschieben, ist das wie die Todesstrafe, ohne sich selbst die Hände dabei schmutzig zu machen. Wenn man schon „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.“ sagt, dann muss man sich auch den Konsequenzen dieses Postulats stellen!

Prinzipiell gilt das Strafvollzugsgesetz und damit das Resozialisierungsgebot für ausländische Inhaftierte genauso wie für ihre deutschen Mitgefangenen. Aber nur prinzipiell. Denn aufgrund der drohenden Abschiebung nach dem Motto „Wer Gastrecht missbraucht hat Gastrecht verwirkt.“ scheidet viele Maßnahmen für Ausländer*Innen aus.

Juristisch sind die „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.“ Postulierenden in Deutschland zwar auf der sicheren Seite.

Das geltende deutsche Recht betont sogar extra, dass die Ausweisung wie die ihr folgende Abschiebung keine Strafe sei, sondern eine ordnungsrechtliche Maßnahme. So auch das Bundesverfassungsgericht. Aber diese Rechtsauffassung ignoriert die einschneidenden menschlichen Folgen von Ausweisung oder Abschiebung und macht aus der Abschiebung einen bloßen Verwaltungsakt.

Auf diese Weise muss man sich zwei unbequemen Fragen nicht stellen:

Zum einen derjenigen, ob es sich bei der Abschiebung nicht um eine doppelte Bestrafung von ausländischen Straftäter*Innen handelt, die ja vorher schon inhaftiert waren?

Zum anderen stellt sich die Frage, ob man nicht die im Grundgesetz verbürgte Gleichheit vor dem Gesetz verletzt, wenn man ausländische Straftäter*Innen nach der Haft abschiebt, während deutsche straffälligen nur diese Haftstrafe absitzen müssen.

Linke müssen die Frage der Ausweisung als Repressionsmittel gegenüber straffällig gewordenen Ausländer*Innen politisch diskutieren.

Dabei muss die Frage der Freiheits- und Bürgerrechte im Vordergrund stehen. Linke müssen auf die Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit der Doppelbestrafung hinweisen und sie bekämpfen und nicht in den Wettbewerb des schnellsten Abschiebens eintreten.

Durch das Auseinanderreißen von Ehepaaren und Familien von straffällig gewordenen Ausländer*Innen werden völlig Unschuldige getroffen. „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.“ bedeutet, dass Ehen zerstört, Lebenslinien zerrissen, Kindern der Vater/die Mutter genommen werden. Das ist nicht links! Während deutschen Straftäter*Innen während und nach ihrer Strafe Anstrengungen einer Resozialisierung zuteilwerden und die Verurteilung nach Zeitablauf aus Führungszeugnis und Zentralregister gelöscht wird, werden nichtdeutsche Täter*Innen durch Entzug des Aufenthaltsrechts für immer bestraft. Das ist nicht links!

Eines noch: Die Linke versteht an keiner Stelle ihres Programms das Asylrecht als Gastrecht. Asyl ist ein Menschenrecht, ein durch die Verfassung und die UN-Menschenrechtsdeklaration garantiertes Grundrecht. Wir haben nirgendwo in unserem Programm „kriminelle Ausländer*Innen abschieben“ zu stehen. Dass wir unser Programm dahingehend ändern, ist so unwahrscheinlich wie Schnee in der Hölle.

Wer „Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.“ nachbetet, ohne die Frage nach dem Sinn des Ganzen und den Folgen für die Betroffenen zu stellen, betreibt eine populistische, aber keine linke Politik.

¹ *Sahra Wagenkecht, Dietmar Bartsch, DIE LINKE: Sozialer Aufbruch zu mehr Gerechtigkeit und Frieden,*
www.youtube.com/watch?v=ROEiaYfPA-s&feature=youtu.be

² *“Gastrecht verwirkt”,*
www.sueddeutsche.de/politik/politische-konsequenzen-koalition-will-mehr-ueberwachungskameras-1.2811250

³ www.focus.de/regional/hamburg/ich-bin-entsetzt-und-fassungslos-hamburg-spd-politiker-fordert-abschiebung-nach-mutmasslichem-missbrauch_id_5200717.html

Wider den Aufbau neuer Mauern! Eine Stellungnahme zum Brexit

Von Anne Helm, Oliver Höfinghoff, Peter Laskowski

Das Ergebnis des Referendums über den Verbleib Großbritanniens in der EU ist, unabhängig von den durchaus unterschiedlichen Motiven für eine Zustimmung zum Brexit, ein überdeutlicher Sieg der Rechtspopulisten von UKIP und Teilen der Tory-Rechten. Ihnen ist es gelungen, die sozialen und gesellschaftlichen Frustrationen, von den Herrschenden auf den Inseln auf „die EU“ im Allgemeinen und Migrant*Innen sowie auf Geflüchtete im Besonderen zu lenken.

Folgen einer Hausgemachten rigiden neoliberalen Austeritätspolitik

Der Hintergrund, vor dem das Referendum stattgefunden hat, darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Beginnend mit dem Thatcherismus, fortgeführt unter den folgenden konservativen und sozialdemokratischen Regierungen, wurde in Großbritannien über 30 Jahre lang eine rigide neoliberale Austeritätspolitik der Zerstörung sozialer und industrieller Strukturen wie nirgends sonst in der EU vorexerziert. Grade vor diesem Hintergrund ist es absurd unhistorisch, zu behaupten, die britische Arbeiterklasse hätte mit dem #Leave auch gegen die durch die EU vorgegebene Austeritätspolitik gestimmt. Diese ist in Großbritannien vor allem eines: Hausgemacht.

Auch darum wird sich, als Ergebnis des Referendums gar nichts an der Lage der britischen oder irgendeiner anderen Arbeiterklasse in der EU verbessern.

Die herrschende Klasse Großbritanniens wird sich vom Ergebnis der Abstimmung

nicht in der Fortsetzung ihrer inner-britischen rigiden-neoliberalen Austeritätspolitik beirren lassen, hat sich doch nichts an den sozialen Kräfteverhältnissen geändert.

Leben in einem Paralleluniversum

Zu postulieren, die Volksabstimmung käme einem „Schlag gleich, der sich gegen die herrschende kapitalistische Klasse in Britannien richtet“¹, erweckt den Eindruck, das die/der Schreibende in einem Paralleluniversum lebt. Denn genau das Gegenteil ist der Fall. Die herrschende Klasse Großbritanniens kann und wird weiter gut leben, ob Großbritannien nun formell Mitglied der EU ist oder nicht. Die Konzerne und die Banken in und außerhalb Großbritanniens bleiben die gleichen, am Kapitalismus in Großbritannien und der EU ändert sich nichts. Eine „Legitimationskrise des europäischen Kapitals“² sieht anders aus!

Wer heute schreibt, es sei möglich, dass „ein Britannien außerhalb der ‚Festung Europa‘ seine Freiheit nutzt, Menschen aus aller Welt willkommen zu heißen, um hier zu arbeiten, zu studieren und als sicherer Hafen für Asylbewerber und Flüchtlinge in Europa führend zu sein“³, hat anscheinend die letzten Jahren auf einem anderen Planeten zugebracht. Das Leave beim #Brexit konnte auch deshalb erfolgreich sein, weil seine Protagonisten es mit einer rassistischen, flüchtlingsfeindlichen Kampagne gekoppelt haben. Es ging in hohem Maße darum, dass für viele Briten die „Festung Europa“ zu durchlässig ist und durch eine „Hochsicherheitsfestung Britannien“ ersetzt werden soll.

Die Rückkehr zum Nationalstaat ist keine linke Option und Nationalismus kein linkes Projekt. Es gibt keinen gemeinsamen Weg mit Rechtspopulist*Innen für eine Neugründung der EU. Noch weniger gibt es einen gemeinsamen Weg mit Rechtspopulist*Innen für eine Beseitigung der EU. Rechtspopulist*Innen wollen eine wirtschaftsliberale Zone von Nationalstaaten in Europa. Hier wird jede Solidarität in den Ländern und zwischen den Ländern und insbesondere mit den schwächsten Regionen in der Welt ausgeschaltet sein.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Ein Weg zur Veränderung der EU muss die Aufhebung des Fiskalpaktes und ein Ende der Austeritätspolitik inklusive der Entschuldung der überschuldeten Länder umfassen. Es müssen Schritte zur Angleichung der sozialen Standards ergriffen werden. Dafür würde es sich lohnen zu kämpfen. Für uns gilt als Grundsatz, dass wir nicht gegen die EU und den Euro kämpfen, sondern gegen die neoliberale EU der Konzerne und Banken und eine neoliberale Währungspolitik. An der Suche nach Wegen heraus aus der EU und zurück zum Nationalstaat und einer nationalen Währungssouveränität werden wir uns nicht beteiligen.

„Gerade wenn man der Meinung ist, dass die Merkel-Politik mörderisch für die Peripheriestaaten ist, muss man sich doch wohl zuerst ‚Berlin‘ vorknöpfen, statt sich in ‚Brüssel‘ zu verbeißen, denn: Wenn man mit dem Finger auf Brüssel zeigt, weisen drei Finger zurück nach Deutschland. ‚Der Hauptfeind steht im eigenen Land!‘, wusste Karl Liebknecht schon vor hundert Jahren.“⁴

„Deshalb unterstützen wir zwar Reformbestrebungen, aber wir sind uns sicher: Das

wird nicht genügen. Ja, wir wollen die EU und keine Kleinstaaterei; wir wollen lieber eine vermurkste EU als einen vermurksten Nationalstaat. Aber am Ende des Tages wollen wir etwas viel Besseres!“ [4]

Gemeinsam mit den Genoss*Innen vom fds⁵ wünschen wir, das DIE LINKE sich aktiv in die aktuellen Kämpfe für kulturelle Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie kontinentweit im Rahmen der EU einbringt.

Es wäre langsam an der Zeit!

¹ *Brexit ist ein Grund zur Freude*
www.sozialismus.info/2016/06/brexit-ist-ein-grund-zur-freude/

² *Keine Zukunft für und mit EU*
www.antikapitalistische-linke.de/?p=1390#more-1390

³ *Abgeschrieben: Stellungnahmen der britischen KP und der KPÖ Steiermark zur „Brexit“-Entscheidung*
www.jungewelt.de/2016/06-25/039.php

⁴ *„Wenn man mit dem Finger auf Brüssel zeigt, weisen drei Finger zurück nach Deutschland“*
emanzipatorischelinke.files.wordpress.com/2014/02/stellungnahme-ema-li-europadebatte-2014.pdf

⁵ *Erklärung des fds-Bundesvorstandes zum Brexit-Referendum*
forum-ds.de/?p=1040

Europäische Hoffnung statt German Angst

Von Katja Kipping, zuerst veröffentlicht im Neuen Deutschland am 19.12.2016

Die Europäische Union muss von Grund auf verändert werden, denn in ihrer derzeitigen Verfasstheit hat sie keine Zukunft. Statt europäischer Postdemokratie unter deutscher ordo-liberaler Dominanz braucht es nicht weniger als eine europäische Utopie! Denn was immer mit der EU geschehen wird – Europa wird bleiben. Eine starke europäische Linke muss den Kampf um die Demokratie in Europa führen – gemeinsam und in Solidarität.

Gegen die rechte Kleinstaaterei der Hofers, Orbans und Le Pens dieser Welt und gegen die neoliberale Kälte braucht es einen neuen gemeinsamen Aufbruch. Europäische Hoffnung statt „German Angst“.

Auf die weitgehend männlichen EU-Eliten können wir dabei nicht setzen. Denn diese kooperieren im Zweifelsfall lieber mit der nationalistischen Rechten, als dass sie einem linken Reformprojekt nachgeben. Das müssen wir ändern und das können wir ändern, wenn wir mit einem zweistelligen Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017 die Möglichkeit für einen echten Politikwechsel auch für Europa einläuten. Das wäre ein wirklicher Riss im europäischen Machtblock der Eliten und ein nachhaltig wirksamer politischer Bruch mit dem Regime der Austerität, das Europa seit Jahren sozial ausblutet und niederdeutscht. Nicht nur die neoliberalen Eliten in Brüssel, das Konglomerat aus Konzerninteressen und technokratischer Verwaltung, auch der rechte Populismus ist eine Gefahr für alle, die anders sind und anders leben wollen sowie für den sozialen Zusammenhalt.

Die Hüter des Kapitals setzen auf das neoliberale Triple A: Angst, Abschottung und

Aufrüstung. Dem gilt es, eine europäische Demokratie der sozialen Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und des Friedens entgegenzuschmettern. Diese Brüsseler EU ist »out«, wir brauchen eine andere – junge, kosmopolitische EuropäerInnen wollen keine technokratischen Institutionen und Politiker, die als Lobbyisten der Konzerne und Banken über die Notwendigkeit von Stellenstreichungen und Grenzkontrollen reden. Die EU hat die Jugend Europas allein gelassen mit ihren Protesten in Madrid, in Athen und Lissabon, aber auch im Gezi-Park von Istanbul. Eine europäische Linke auf der Höhe der Zeit macht ein Europa für alle anders: von unten, internationalistisch, entschlossen und solidarisch!

Der obszöne Reichtum in den Händen einiger Weniger muss umverteilt werden – dafür braucht es die starke Gewissheit, dass diese Welt allen gehört. Reichtum umverteilen bedeutet, sich mit den Reichen anzulegen – eine Steuerpolitik, die Milliardenkonzerne verschont ist unsozial und undemokratisch. Ohne die tatsächliche Kontrolle der Banken und eine Umverteilung über eine gerechte Steuerpolitik wird sich in Europa nichts ändern...

Wenn die Technologie immer mehr Arbeitsplätze kostet, dann muss der Staat dafür sorgen, dass die Früchte von Digitalisierung und Automatisierung allen Menschen zu Gute kommen und sinnvoll investiert werden. Dafür braucht es eine Verkürzung und Umverteilung der Arbeit und soziale Garantien – statt einem Run auf immer weniger Jobs und einer Gängelung von Erwerbslosen durch Sanktionen. Wir brauchen in Europa eine Politik der Zukunftsinvestitionen, von der die Menschen

profitieren. Dann gibt es eine dritte Option jenseits von neoliberalen »Weiter so« und jenseits des Rückzugs in die nationale Wagenburg.

Die europäische Linke streitet für eine gerechtigkeitsbasierte europäische Handelspolitik als weiteren Pfeiler einer proaktiven Friedens- und Sicherheitspolitik. Eine europäische Linke der Zukunft steht auf der Seite derer, die für uneingeschränkte Bürger*innenrechte aller Menschen kämpfen. Die neoliberale EU ist out! Aber die Kämpfe um eine soziale und demokratische EU sind aktueller denn je. Die Europäische LINKE ist der Ort, wo Europa Hoffnung statt Angst bedeutet. Katja Kipping ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE.

Quelle: www.neues-deutschland.de/artikel/1035768.europaeische-hoffnung-statt-german-angst.html



Impressum

DIE LINKE. Emanzipatorische Linke
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

ema.li@die-linke.de
emanzipatorischelinke.wordpress.com

V.i.S.d.P.: Siegfried Seidel
Layout und Satz: Daniel Josten

emanzipatorischelinke.wordpress.com

